



**EUROPAWEITE VERGABE VON
POSTDIENSTLEISTUNGEN FÜR DEN
LANDKREIS LUDWIGSBURG**

IM

OFFENEN VERFAHREN

-

KENNZIFFER

2026-001-GK-OV

ANLAGE 1

ANGEBOTSFORMULAR



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 2 von 28 Seiten

Teil A: Allgemeine Angaben des Bieters

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Teilnahme am Vergabeverfahren

- ☐ als Einzelbewerber
- ☐ als Bewerbungsgemeinschaft

Hiermit geben wir ein Angebot für folgende Lose ab:

- ☐ Los 1 Postdienstleistungen des Landkreises Ludwigsburg, ausgenommen sind Bescheide, Mahnungen und Serienbriefe des Fachbereichs Abfallgebühren gemäß Los 2
- ☐ Los 2 Postdienstleistungen Bescheide, Mahnungen und Serienbriefe des Fachbereichs Abfallgebühren

Einzelbieter

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 3 von 28 Seiten

Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Ge- sellschafter)	
---	--

Die Seiten 3 bis 7 sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:
Teilnehmer der Bietergemeinschaft

Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft 1		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vor- name:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttergesellschaft, Gesell- schafter)		



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 4 von 28 Seiten

Mitglied der Bietergemeinschaft 2		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 5 von 28 Seiten

Mitglied der Bietergemeinschaft 3		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		



Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:
<div style="border-top: 1px solid black; padding-top: 10px;"></div> <div>[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]</div>

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

Unterschriften:

Für das Unternehmen Nr. 1

Ort, Datum Firmenstempel, Name des Erklärenden

Für das Unternehmen Nr. 2

Ort, Datum Firmenstempel, Name des Erklärenden

Für das Unternehmen Nr. 3

Ort, Datum Firmenstempel, Name des Erklärenden



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 8 von 28 Seiten

Unterauftragnehmer

Ich/wir beabsichtige/n,

- ☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- ☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name / Anschrift (falls bereits bekannt)

Weitere Unterauftragnehmer sind ggf. auf gesondertem Blatt aufzuführen.



Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formblatt, Teil B, zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Soweit der Bieter oder die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungsleihe“), muss mit Angebotsabgabe nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bieter/die Bietergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 10 von 28 Seiten

Auf Verlangen des Auftraggebers ist vom Bestbieter eine Urkalkulation in elektronischer Form als passwortgeschützte Datei über die Vergabeplattform DTVP vorzulegen. Das Passwort ist dem Auftraggeber mitzuteilen. Die Urkalkulation hat den Lohnkostenanteil und die Höhe des jeweiligen Stundenlohnes objektiv nachvollziehbar auszuweisen. Die Urkalkulation wird vom Auftraggeber/der Vergabestelle nur bei Bedarf geöffnet (z. B. zur Prüfung der Auskömmlichkeit der Preise oder im Rahmen von Preisanpassungsbegehren). Der Bieter/Auftragnehmer wird vor der Öffnung in Kenntnis gesetzt.



Eigenerklärung über die Eintragung in das Anbieterverzeichnis der BNetzA

Ich erkläre/Wir erklären,

☐

- 1) dass unser Unternehmen in das Anbieterverzeichnis der BNetzA gem. § 4 PostG eingetragen ist **UND**
- dass kein Verfahren zur Rücknahme oder dem Widerruf nach § 4 Abs. 5 PostG eingeleitet wurde;
 - dass die BNetzA keine Feststellungen i.S.v. § 89 Abs. 1 PostG getroffen hat;
 - dass ich/wir keine Verpflichtungen i.S.v. § 89 Abs. 2 und Abs. 3 PostG verletzt habe/n.

ODER

☐

- 2) dass unser Unternehmen bis zum 18.07.2024 über eine gültige Lizenz nach §§ 5 ff. PostG a.F. verfügte und kein Verfahren nach § 9 PostG a.F. zum Widerruf unserer Lizenz nach §§ 5 ff. PostG a.F. eingeleitet worden ist.

ODER

☐

- 3) dass unser Unternehmen die Eintragung in das Anbieterverzeichnis beantragt hat und über eine vorläufige Erlaubnis zur Erbringung von Postdienstleistungen verfügt.

Hinweis: Ist der Bieter zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht in das Anbieterverzeichnis der BNetzA eingetragen, verfügt aber über eine Lizenz nach §§ 5 ff. PostG a.F. (Erklärung zu 2) oder besitzt der Bieter nur die vorläufige Erlaubnis zur Erbringung von Postdienstleistungen (Erklärung zu 3), informiert er den Auftraggeber eigenständig und innerhalb von einer Woche ab Kenntnis über die Entscheidung der BNetzA über die Eintragung in das Anbieterverzeichnis. Auf § 6 Abs. 3 des Vertrags wird hingewiesen.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 12 von 28 Seiten

Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass kein Ausschlussgrund nach § 123 GWB vorliegt.

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

☐ Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,- das Unternehmen



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 13 von 28 Seiten

1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung zur Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:
[nur bei Bedarf auszufüllen]



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 14 von 28 Seiten

Eigenerklärungen gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Ich/wir erklären,

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

☐ **1)** dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

oder

☐ **2) a)** dass ich/wir wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind

und *(bitte ankreuzen, falls zutreffend:)*

☐ **2) b)** dass ich/wir Im Rahmen der gemäß § 19 Abs. 5 MiLoG erforderlichen Anhörung darlegen und ggf. nachweisen können, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 15 von 28 Seiten

Eigenerklärung

zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Abs. 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen
 - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/Wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über die Vergabepattform DTVP zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessensbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:
Name des Unternehmens
Name des Unternehmens
Name des Unternehmens



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 16 von 28 Seiten

ⁱ Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die

öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 17 von 28 Seiten

- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Eigenerklärung zum Umsatz

Angabe über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Bereich Postdienstleistungen in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren:

Umsatz [in EUR brutto] / Geschäftsjahr	2023	2024	2025
Gesamtumsatz:			
Umsatz im Bereich Postdienstleistungen			



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 18 von 28 Seiten

Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung

☐ Ich/ Wir erkläre(n), rechtsverbindlich mit dieser Eigenerklärung, dass wir im Falle der Zuschlagserteilung eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme für

- a) Personenschäden bis zu 2.000.000 EUR je Schadensereignis,
- b) Sachschäden bis zu 1.000.000 EUR je Schadensereignis,
- c) Vermögensschäden bis zu 250.000 EUR je Schadensereignis einschließlich Schäden für Verletzung des Datenschutzrechts und

bei mindestens zweifacher Maximierung der Deckungssumme pro Versicherungsjahr nachweisen werden. Wir verpflichten uns, diesen Versicherungsschutz für die Dauer der Vertragsdurchführung in der vorgenannten Höhe sicherzustellen, aufrechtzuerhalten und die Prämien rechtzeitig zu entrichten.

Eigenerklärung zur durchschnittlichen Beschäftigtenzahl

Angabe aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist:

Beschäftigte	2023	2024	2025
im Unternehmen insgesamt (umgerechnet auf Vollzeitkräfte)			
davon Führungskräfte			
Vollzeitkräfte			
Teilzeitkräfte			
Auszubildende			



Eigenerklärungen zu Referenzen

Anzugeben sind erbrachte vergleichbare Leistungen im Bereich Postdienstleistungen aus den letzten drei Jahren (2023, 2024, 2025).

Die Erklärungen über Referenzleistungen müssen jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags
- kurze Beschreibung des Leistungsumfangs
- Name des Auftraggebers inkl. Ansprechpartner
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Sendungsvolumen

Es gelten folgende Mindestanforderungen für die einzelnen Lose sowie für die Bewerbung für beide Lose:

Los 1:

Vorlage von mindestens zwei Referenzen über vergleichbare Leistungen für einen öffentlichen Auftraggeber mit einem Sendungsvolumen von mindestens 300.000 Sendungen pro Jahr für die Dauer von mindestens zwei Jahren im Zeitraum zwischen dem 01/2023 – 12/2025.

Los 2:

Vorlage von mindestens zwei Referenzen über vergleichbare Leistungen für einen öffentlichen Auftraggeber mit einem Sendungsvolumen von mindestens 300.000 Sendungen pro Jahr für die Dauer von mindestens zwei Jahren im Zeitraum zwischen dem 01/2023 – 12/2025.

Los 1 und Los 2:

Für den Fall, dass ein Bieter Angebote für beide Lose abgibt, hat er

- mindestens zwei Referenzen über vergleichbare Leistungen einen mit einem Sendungsvolumen von mindestens 600.000 Sendungen pro Jahr für die Dauer von mindestens zwei Jahren vorzulegen im Zeitraum zwischen dem 01/2023 – 12/2025.

Bitte die Eigenerklärungen über Referenzen als Anlage C (s. nachfolgende (Kopievorlage)) vorlegen. Die Vorlage von mehr als drei Referenzen je Los ist nicht erwünscht.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 20 von 28 Seiten

Anlage C (Kopiervorlage)

Angaben zu Referenzen:

Referenz Nr.	
Bezeichnung	
kurze Beschreibung des Leistungsumfangs	
Auftraggeber einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Sendungsvolumen (durchschnittlich pro Jahr)	

Zur Vorlage mehrerer Referenzen bitte diese Tabelle kopieren und ausgefüllt als weitere Anlage C beifügen.



Verpflichtungserklärung

zur Tariftreue- und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz -LTMG)
I.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Ich erkläre / Wir erklären, dass

☐ meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.

oder

☐ mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

[Zutreffendes bitte ankreuzen.]

- ich mir / wir uns

☐ von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

oder

☐ von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

[Zutreffendes bitte ankreuzen.]



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 22 von 28 Seiten

- ich mich verpflichte / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 23 von 28 Seiten

II.

Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

☐ **Ich erkläre / Wir erklären,**

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein / unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
- dass ich mir / wir uns von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

☐ **Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass**

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 24 von 28 Seiten

- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 25 von 28 Seiten

Erklärung zum Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (SaubFahrzeugBeschG)

Anzugeben ist die Anzahl aller bei Vertragserfüllung zum Einsatz kommenden sauberen Fahrzeuge im Sinne des SaubFahrzeugBeschG im Verhältnis zu den insgesamt eingesetzten Fahrzeugen der jeweiligen Fahrzeugklasse:

Fahrzeugklasse gem. § 2 Abs. Nr. 4 SaubFahrzG	Anzahl der <u>sauberen</u> , leichten Fahrzeuge	Gesamtanzahl aller leichten Fahrzeuge	Quote <u>sauberer</u> Fahrzeuge*
M1			
M2			
N1			

*Mind. 38,5 % aller Fahrzeuge der Klassen M1, M2 und N1.

Fahrzeugklasse gem. § 2 Abs. Nr. 5 SaubFahrzG	Anzahl der <u>sauberen</u> , schweren Nutzfahr- zeuge der Fahrzeug- klassen	Gesamtanzahl aller schweren Nutzfahr- zeuge der Fahrzeug- klassen	Quote <u>sauberer</u> Fahrzeuge*
N2			
N3			

*Mind. 15 % aller Fahrzeuge der Klassen N2 und N3.

Fahrzeugklasse gem. § 2 Abs. Nr. 5 SaubFahrzG	Anzahl der <u>sauberen</u> , schweren Nutzfahr- zeuge der Fahrzeug- klasse	Gesamtanzahl aller schweren Nutzfahrzeu- gen der Fahrzeug- klasse	Quote <u>sauberer</u> Fahrzeuge*
M3			

*Mind. 65 % aller Fahrzeuge der Klassen M3, wobei die Hälfte des Mindestziels für den Anteil sauberer Busse muss durch den Einsatz emissionsfreier Busse i.S.d. § 2 Nr. 6 SaubFahrzeugBeschG erfüllt werden muss.



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 26 von 28 Seiten

Dem Angebot ist ein / sind mehrere ausgefüllte/s Preisblatt/-blätter (Anlage 2 a und 2 b) beigefügt für folgende/s Los/e:

- ☐ **Los 1:** Postdienstleistungen des Landkreises Ludwigsburg, ausgenommen sind Bescheide, Mahnungen und Serienbriefe des Fachbereichs Abfallgebühren gemäß Los 2
- ☐ **Los 2** Postdienstleistungen Bescheide, Mahnungen und Serienbriefe des Fachbereichs Abfallgebühren



Teil D: Zuschlagskriterien - Qualität

Konzepte

Bitte reichen Sie für jedes Los jeweils folgende Konzepte nach näherer Maßgabe der Vorgaben unter Ziffer 6.2.2 des Verfahrensleitfadens ein:

- Leistungserbringungs- und Logistikkonzept
- Konzept zur Qualitätssicherung/Qualitätsmanagement

Bitte beachten Sie: Die angebotenen Konzepte müssen sich konkret auf die ausgeschriebenen Leistungen beziehen. Allgemeine Ausführungen des Bieterunternehmens sind daher nicht ausreichend. Die beiden Konzepte, die für jedes Los gefordert werden, dürfen pro Los pro Konzept insgesamt einen Umfang von je **max. 12 Seiten** (Schriftart: Arial, 11 pt., einschl. Grafiken / Bildern, aber ohne Deckblatt) nicht überschreiten!

Bitte fügen Sie die Konzepte in o.g. Reihenfolge Ihrem Angebot als **Anlage D** bei.

*Hinweis: Im Fall eines Angebots für beide Lose sind jeweils gesonderte Konzepte einzureichen. Eine Nachforderung dieser Konzepte ist gem. § 56 Abs. 3 VgV **ausgeschlossen**.*



Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 28 von 28 Seiten

Teil F: Rechtsverbindliche Erklärungen des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen in Form eines verbindlichen Angebotes an.

Ich/wir erkläre(n) hiermit, dass

- ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten habe/n,
- alle Angaben wahrgemäß erfolgt sind,
- ich/wir sämtliche Erklärungen in diesem Angebotsformular verbindlich abgeben,
- der Vertrag mit Zuschlagserteilung zustande kommt und nachträglich lediglich schriftlich zu dokumentieren ist.

Wir halten uns an unser Angebot bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist (15.10.2026) gebunden.

Mir/uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zum Ausschluss meines/unseres Unternehmens vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Ort

Datum

Stempel des Unternehmens / Unterschrift des Bieters in Textform § 126b BGB

Name(n) der/des Unterzeichner(s) mit Angabe der Funktion im Unternehmen